Nr. 77. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

15 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 16,50 Mk., monatl. 5,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 5,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 8,75 Mk., für das übrige Ausland 13.— Mk., bei täglich einmal. Zustellung 11.— Mk. + Valuta-Aufschlag. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.— Mk., Teuerungszuschlag 60%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 2.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 11. Februar 1920.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 53—54.

Die erste Zone dänisch.

Das endgültige Abstimmungsergebnis aus der ersten nordschleswigschen Zone liegt noch nicht vor, aber die bisherigen Teilresultate lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß eine große Mehrheit der Bevölkerung für Dänemark gestimmt hat und damit das Land für Deutschland verloren ist. Bis 3½ Uhr morgens waren für Deutschland 20 924, für Dänemark 55 279 Stimmen gezählt. Die Gesamtzahl der Abstimmungsberechtigten betrug etwa 110 000, so daß die dänische Mehrheit auf alle Fälle feststeht.

Als Sozialdemokraten achten wir den deutlich ausgesprochenen Willen der Bevölkerung, auch wenn wir ein anderes Resultat der Abstimmung gewünscht hätten. Die deutschen Stimmen in der ersten Zone betragen bisher über ein Viertel der Gesamtzahl. Man müßte von einer, wenn auch starken Minderheit, als Demokrat verlangen, daß sie sich in loyaler Weise dem Abstimmungsresultat unterwirft, wenn diese Minderheit so untrennbar mit der Mehrheit verbunden wäre, daß von einer Loslösung oder Trennung der deutschen von den dänischen Bevölkerungsteilen nicht gedacht werden kann.

So liegen die Dinge aber nicht. Die deutschen Stimmen bilden nicht überall die Minderheit, sondern einige Bezirke haben rein dänisch, andere rein deutsch, wieder andere gemischt gestimmt. Für jedes ein Beispiel: Im Sonderburger Landkreis wurden 13 332 dänische gegen 2281 deutsche Stimmen abgegeben. In Tondern Stadt dagegen 2503 deutsche gegen 731 dänische, in Apenrade-Stadt 2625 deutsche und 2124 dänische Stimmen.

Aus diesen Zahlen geht das Unrecht der en-bloc-Abstimmung deutlich hervor. Es wird gar nicht der Versuch gemacht, eine Grenzlinie zu ziehen, die dem Abstimmungsergebnis in möglichst peinlicher Genauigkeit Rechnung trägt, sondern das ganze Gebiet mit seinen deutschen Zubehören wird durch die Entente kurzerhand Dänemark zugesprochen. Es ist zuzugeben, daß eine absolut gerechte Grenzlinie nicht gefunden werden kann, da deutsche Sprachinseln zum Teil von dänischem Gebiet umschlossen werden und umgekehrt. Aber immerhin: Es hätte doch zum mindesten erst versucht werden können, ob sich die Verwertung des Abstimmungsergebnisses zunächst nach Gemeinden, wie sie für die zweite Zone vorgesehen ist, nicht auch zum Teil für die erste Zone hätte anwenden lassen. Tondern, das fast rein deutsch gewählt hat, liegt z. B. hart an der Südgrenze der Zone. Mit diesem Unrecht bleibt die Abstimmung belastet.

Den Volksgenossen, die trotz ihrer Abstimmung für Deutschland zu Dänemark geschlagen werden, rufen wir ein herzliches Lebewohl zu. Möge in Erfüllung gehen, was das Kopenhagener Blatt „Politiken" am Tag der Abstimmung schrieb:

> Wenn wir in einiger Zeit das uralte dänische Land mit seinen Minderheiten deutscher Bewohner erhalten haben, wissen wir, daß überall im dänischen Volke der ehrliche Wille besteht, den Deutschen, die nun nach Dänemark hinüber geraten, in offener und brüderlicher Weise entgegenzukommen. Niemandem wird es einfallen, sie für die preußischen Methoden verantwortlich zu machen, die hoffentlich jetzt mit dem preußischen Militarismus verschwunden sind. Ebenso **undenkbar ist die Anwendung von Methoden dänischerseits, die auch nur im entferntesten an die preußischen erinnern.** Das Zeichen, unter dem das Dänentum zu siegen wünscht, ist allein die Freiheit.

Das Vertrauen zu solchen Worten wird wesentlich erleichtert durch die Tatsache, daß in der dänischen Regierung auch sozialdemokratische Parteigenossen sitzen, daß die dänische Politik gegenüber der deutschen Minderheit von Sozialdemokraten mit beeinflußt werden wird. Wenn in allen Ländern die Sozialdemokratie voll regieren wird, dann wird hoffentlich auch der letzte Rest nationaler Ungerechtigkeit getilgt werden.

Das Abstimmungsergebnis.

Aus Flensburg wird gemeldet: Bis heute morgen 2 Uhr liegen folgende Ergebnisse über die Abstimmung in der Nordmark vor:

Hadersleben, Stadt,	3236 Deutsche,	5202 Dänen.
" Land,	2800 "	2360 "
Es fehlen noch 10 Gemeinden.		
Sonderburg, Stadt,	2601 Deutsche,	2027 Dänen.
" Land,	2281 "	13 332 "
Es fehlen noch 4 Gemeinden.		
Tondern, Stadt, ...	2503 Deutsche,	731 Dänen.
" Land	3823 "	6632 "
Apenrade, Stadt, ..	2784 Deutsche,	2238 Dänen.
" Land ...	643 "	1246 "
Es fehlen noch viele Gemeinden.		
Flensburg, Land, ..	278 Deutsche,	351 Dänen.
Es fehlen noch einige Gemeinden.		

Gesamtzahl bis 2 Uhr nachts: 20 924 Deutsche, 55 279 Dänen.

Die Städte haben überwiegend deutsch, das Land meist dänisch gewählt.

Lloyd George über Rußland.

Im Unterhause behandelte Lloyd George bei der Debatte über die Adresse auf die Thronrede in der Hauptsache Fragen interner Art. Er beantwortete die Kritik Adamsons und Macleans und wies darauf hin, daß das Budget 1919/20 günstig sei. Er nahm Bezug auf seine Erklärung über die Lage in Europa bei der Behandlung des liberalen Amendements, in dem eine Abänderung des Friedensvertrags gefordert wird, und beschränkte sich bei seiner Erklärung über die auswärtigen Angelegenheiten auf Rußland. Lloyd George verteidigte die Politik der Regierung und legte Nachdruck darauf, daß Europa nicht wiederhergestellt werden könnte, bevor die russischen Hilfsquellen wieder zur Verfügung ständen. Lloyd George wies auf die Zweckmäßigkeit anderer politischer Richtlinien hin. Der Premierminister sagte, es sei deutlich, daß der Bolschewismus nicht durch Waffengewalt vernichtet werden könne. Bereits vor einem Jahre sei er dieser Ansicht gewesen, er befürchtet keine militärische Invasion des Bolschewismus, weder im Westen, noch im mittleren Osten, da die Bolschewisten nicht über die nötigen Ausrüstungs- und Transportmittel verfügten und da kein Anreiz zu einer Invasion bestehe und weil die Länder um Rußland herum dem Eindringling nichts bieten können. Unter Bezugnahme auf den Vorschlag des Friedensschlusses mit den Bolschewisten wiederholte Lloyd George, daß, bevor die Regierung, die Rußland verwalte, die barbarische Methode aufgegeben und auf zivilisierte Weise regiere, kein zivilisiertes Gemeinwesen in der Welt geneigt sein werde, unmittelbar Frieden zu schließen. Es bestehe keine Regierung, die das Recht habe, für ganz Rußland zu sprechen. Der einzig übrigbleibende Weg sei, Rußland durch den Handel zu retten, was einen beruhigenden Einfluß haben würde und mehr als jede andere Methode die Grausamkeit und Raubsucht der Bolschewisten ausrotten werde.

Nach der Debatte über die Adresse auf die Thronrede gab der Minister des Aeußern, Lord Curzon, eine ausführliche Uebersicht über die Lage im Auslande. Ein enges Zusammenarbeiten mit den Alliierten, vor allem mit Frankreich, sei notwendig, da England und Frankreich die natürlichen Wächter des Schicksals des nahen Ostens und Mittelasiens seien.

„Times" schreiben zu der Lloyd-George-Rede: Die Nation habe aufgehört, ihm und seinen Anhängern Vertrauen entgegenzubringen.

Frankreich will die Rheinlande!

Ministerpräsident Millerand hat Dienstag der deutschen Regierung eine Mitteilung hinsichtlich des Aufschubs der Frist für die rheinische Besetzung zugehen lassen.

Diese offiziöse französische Meldung ist in ihrer Tragweite nicht leicht zu überschätzen. Wir haben nie daran gezweifelt, daß der Friedensvertrag von Versailles ein Instrument ist, um die Zertrümmerung Deutschlands viel weiter zu treiben, als in seinen Worten ausgesprochen ist. Die Unterbrechung der fünf- bis fünfzehnjährigen Lauffrist für die Räumung der linksrheinischen Gebiete schafft die ernsteste Situation. Denn wenn die Frist erst wieder zu laufen beginnen soll, bis Deutschland alle seine Pflichten einschließlich der Auslieferung erfüllt hat, dann wird sie nie wieder zu laufen beginnen, und das Rheinland wird in französischer Hand bleiben! Es wird sich dabei, da für eine förmliche Annexion kein Rechtsgrund besteht, zwischen dieser und der bloßen Besetzung ein zweideutiger Zustand herausbilden, der zu immer neuen Konflikten Anlaß geben wird.

Die zivilisierte Welt sollte bemerken, daß hier ein neues größeres Elsaß-Lothringen zu entstehen im Begriffe ist, und sie sollte rechtzeitig der drohenden Gefahr vorbeugen. Deutschland wird die deutschen Rheinlande niemals aufgeben! Deutschland ist heute schwach. Aber auch Frankreich war einmal schwach und Serbien und Polen! Möge die Welt aus der Geschichte lernen und begreifen, daß die Losreißung der Rheinlande von Deutschland diejenigen, die ehrlich für die Versöhnung der Völker arbeiten, vor eine unmögliche Aufgabe stellen würde.

In Berlin ist bisher von der angekündigten Note Millerands nichts bekannt. Selbstverständlich ist übrigens, daß eine solche Note nur auf Beschluß der Botschafterkonferenz ergehen kann, da Frankreich das Recht zu selbständigem Vorgehen nicht besitzt.

Reform der Sozialversicherung.

Von Friedr. Kleeis, Halle a. d. S.

Seit einigen Monaten wird eine Umgestaltung unserer Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung vorbereitet. Um sie zu fördern, hat der Verband deutscher Landesversicherungsanstalten den „Entwurf eines Gesetzes betr. die Leistungen und Beiträge der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung" eingereicht, der bei der Bedeutung des Verbandes große Aussicht hat, wenigstens im ganzen und großen berücksichtigt zu werden.

Die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ist zweifellos durch die Kriegsfolgen in eine große Notlage gekommen. Zunächst sanken die Einnahmen durch die Verminderung der Zahl der Versicherten, sodann stiegen die Ausgaben durch die stark vermehrte Zahl der Unterstützungsfälle und die Teuerungszulagen zu den Renten. Vom Jahre 1913 bis zum Jahre 1916 verminderte sich die Beitragseinnahme aller Versicherungsträger (der Landesversicherungs- und Sonderanstalten) von 290 auf 222 Millionen Mark. Sie stieg dann allerdings wieder auf 267 Millionen Mark im Jahre 1918 und 285 Millionen Mark im Jahre 1919, aber nur infolge einer Erhöhung der Wochenbeiträge um zwei Pfennige in jeder Markenklasse und der fortgesetzten Verschiebung der Versicherten nach höheren Lohnklassen infolge der Steigerung der Löhne. Ohne Eintritt des Krieges wären in den Jahren 1914 bis 1918 rund 250 Millionen Mark mehr an Beiträgen eingenommen worden. Durch die umfangreiche Hergabe von Geldern zu den Kriegsanleihen von 1286 Millionen Mark wurde allerdings auch eine höhere Zinseneinnahme erzielt, doch wurde diese durch den gewaltigen Kursrückgang der Kriegsanleihen weit mehr als aufgehoben.

Dagegen stiegen die Ausgaben an Rentenleistungen von 129 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 278 Millionen Mark im Jahre 1918 und voraussichtlich 385 Millionen Mark im Jahre 1919. Es wird allein die Aufwendung für Renten die Einnahme an Beiträgen um rund 100 Millionen Mark übersteigen. Dazu kommen noch viele andere Unterstützungs- und sonstige Ausgaben, so z. B. für die Verwaltung 45 Millionen Mark. Schon im Jahre 1918 mußte eine Anzahl Landesversicherungsanstalten erhebliche Zuschüsse aus ihren Vermögensbeständen machen, so die für Berlin von 3,8 Millionen Mark. Dabei ist zu bedenken, daß infolge des versicherungstechnischen Aufbaues der Invalidenversicherung diese jetzt noch erhebliche Rücklagen machen müßte. Die Versicherung beruht bekanntlich auf dem Kapitaldeckungsverfahren, und es müßten für die neuen Belastungen aus den Hinterbliebenen- und verbesserten Altersrenten noch viele Deckungsmittel den Vermögensbeständen zugeführt werden.

Dabei sei ausdrücklich festgestellt, daß sich die Invalidenrenten der Zahl nach von 998 039 am Schlusse des Jahres 1913 auf 986 352 am Schlusse des Jahres 1918 verminderten. Wenn das in einer Zeit der durch Kriegsverletzungen, Unterernährung usw. aufs höchste geschwächten Volksgesundheit möglich war, so muß doch gesagt werden, daß die Versicherungsträger kein Mittel der „Sparsamkeit" unversucht ließen. Zugenommen haben vor allen Dingen jene Renten, die unbedingt gewährt werden müssen, weil sie nicht vom Nachweis eines bestimmten Grades der Erwerbsunfähigkeit abhängig sind. So vermehrten sich die Altersrenten infolge der Herabsetzung der Altersgrenze für ihren Bezug vom 70. auf das 65. Lebensjahr von 87 252 im Betrage von 14,3 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 230 962 im Betrage von 39,5 Millionen Mark im Jahre 1918. Eine noch rapidere Zunahme fanden die Hinterbliebenenrenten, beispielsweise die Waisenrenten von 64 746 im Betrage von 5,1 Millionen Mark im Jahre 1914 auf 432 954 im Betrage von 35,4 Millionen Mark im Jahre 1918. Die vom 1. Februar 1918 gewährten Teuerungszulagen, die zunächst monatlich 8 M. für jede Invalidenrente und 4 M. für jede Witwenrente betrugen, erforderten schon im Jahre 1918 Aufwendungen in Höhe von 91 Millionen Mark. Sie wurden später auch auf die Altersrentner ausgedehnt und vom 1. Oktober 1919 an auf 20 M. und 10 M. (für Witwenrenten) erhöht. Diese Zulagen betrugen im Jahre 1919 bereits 180 Millionen Mark. Sie werden zwar vom Reiche zunächst vorgeschossen, müssen aber von den Versicherungsträgern abgetragen werden.

Die Versicherungsanstalten haben wiederholt gefordert, daß jene Teuerungszulagen, welche die Hauptbelastung bilden, eigentlich vom Staate getragen werden müßten. Im Hinblick auf die Geldnot des Reiches läßt sich aber hier eine Aenderung nicht vornehmen. Die neuen Vorschläge der **Landesversicherungsanstalten** zur Neugestaltung der Inva-

lden- und Hinterbliebenenversicherung bauen sich daher auch auf anderen Grundlagen auf. Es soll zunächst nur ein Notgesetz erlassen werden, das etwa ein halbes Dutzend Paragraphen ändert. Eine durchgreifende Umgestaltung soll der zukünftigen allgemeinen Reform unserer Sozialversicherung vorbehalten bleiben. Bestimmungen, die mit der Wiederherstellung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger nicht in unmittelbarem Zusammenhang stehen, haben keine Aufnahme gefunden, wenn auch ihre baldige Regelung wünschenswert erschien. Es unterblieb z. B. die Erhöhung der Versicherungsgrenze für die „Angestellten", die noch wie vor nur versicherungspflichtig sind, wenn sie nicht über 2000 M. Jahresarbeitsverdienst haben. Die Frage einer Aenderung ist hier deshalb nicht aufgerollt worden, weil sie auch eine Aenderung der Angestelltenversicherung nach sich ziehen müßte.

Zunächst wird eine Vermehrung der Lohnklassen von jetzt fünf, die bestehen bleiben sollen, auf acht vorgeschlagen und zwar dergestalt, daß die jetzige Klasse V, die alle Jahresarbeitsverdienste über 1150 M. umfaßt, nur bis zu 2000 M. reicht, die Klasse VI die Jahresarbeitsverdienste von 2000 bis 3000 M., die Klasse VII alle jene von 3000 bis 4000 M. und die VIII. alle jene von mehr als 4000 M. einschließt. Die Vermehrung der Lohnklassen ist an sich unerläßlich, doch sollte eine völlige Neueinteilung stattfinden. Die Abgrenzung der seitherigen Klassen ist reichlich überholt und kann nicht aufrecht erhalten werden. Die unteren Klassen (Klasse I bis 350 M., Klasse II von 350 bis 550 M. und Klasse III von 550 bis 850 M. Jahresarbeitsverdienst) kommen bei den heutigen Geldverhältnissen kaum noch in Frage. Dazu kommt die dringende Notwendigkeit, diese Lohnklassen mit denen der Krankenversicherung in Uebereinstimmung zu bringen. Der heutige Zustand, daß die Lohnklassen in diesen beiden Hauptzweigen der Sozialversicherung so sehr verschieden abgegrenzt sind, ist eine der Ursachen, aus denen die Versicherung nicht volkstümlich wird. Es sollen in der Krankenversicherung ohnehin die Grundlöhne erhöht und einheitlich für alle Krankenkassen festgesetzt werden. Es ist nur selbstverständlich und einfach, die Lohnklassen der Invalidenversicherung entsprechend übereinstimmend umzuändern, so daß z. B. die erste (unterste) Klasse die Jahresarbeitsverdienste bis zu 600 M. (300 Arbeitstage×2 M.), die zweite diejenigen von 601 bis 1200 M. usw., die höchste jene über 3101 M. (300 Arbeitstage×13 M.) umfaßt, wie ich das näheren in der „Arbeiterversorgung" 1920, S. 45, dargelegt habe. Die Rentenberechnung würde allerdings etwas komplizierter werden, indem die seitherigen Beitragswochenmarken anders als die zukünftigen in Ansatz kommen müssen, aber das läßt sich leicht durchführen.

Im übrigen sieht der Entwurf der Landesversicherungsanstalten eine Verdoppelung der Leistungen, zu ihrer Deckung eine Verdoppelung des Reichszuschusses und eine Verdreifachung der Beiträge vor. Die Notwendigkeit einer dauernden Erhöhung der Renten kann nicht mehr in Zweifel gezogen werden. Sind diese doch tatsächlich zum Lebensunterhalt nicht entfernt ausreichend. Die Erhöhung auf den doppelten Betrag soll sich auch auf die Waisenrenten erstrecken. Daneben soll bis auf weiteres auch die seitherige Teuerungszulage von 20 und 10 M. fortgewährt werden. Allerdings soll sie nur auf besonderen Antrag und nur dann gezahlt werden, wenn nicht besondere Umstände vorliegen, die ihre Gewährung als ungerechtfertigt erscheinen lassen. Die Zulagen sollen auch von der Gemeinde gezahlt werden, die drei Viertel der Gesamtaufwendungen vom Lande und vom Reiche wieder erstattet erhalten. Zurzeit beträgt z. B. eine Invalidenrente mit Kinderzuschüssen 239 M., eine Altersrente 173 M. im Durchschnitt. Der doppelte Betrag, der sofort gezahlt werden soll, dieser Renten und die Teuerungszulagen würden daher Gesamtbeträge von 720 und 590 M. ergeben, immerhin noch Renten, mit denen in der gegenwärtigen Zeit niemand leben kann.

Die Verdreifachung der Beiträge läßt ganz ansehnliche Wochenbeiträge herauskommen, nämlich in den acht Klassen 60, 90, 120, 160, 240, 320, 420 Pf., wovon der Versicherte und der Arbeitgeber je die Hälfte zu tragen haben. Die Mehrzahl der Versicherten wird wie seither in den höheren Klassen sein. Bemerkenswert ist noch, daß Militärdienstzeiten nicht mehr in Klasse II, sondern Klasse V angerechnet werden sollen.

Mit Ausnahme der Klasseneinteilung, bei der wir unbedingt eine Anpassung an die Krankenversicherung als unerläßlich halten, wird man im allgemeinen mit den Vorschlägen einverstanden sein können. Gewiß wird die Verdoppelung der Renten den Notstand der Rentenempfänger noch nicht beseitigen. Woher aber die Mittel nehmen und nicht stehlen? Es ist dabei auch zu beachten, daß die Versicherten, die jetzt noch Beiträge entrichten können, sich weit höhere Renten durch ihren Eintritt in die neuen höheren Lohnklassen sichern, die um ein mehrfaches höher sind als die gegenwärtigen. Hoffentlich wird die Neugestaltung recht bald durchgeführt.

Clemenceau als Ehrenbürger abgelehnt.

Der Mülhauser Gemeinderat hat, wie die V. P. N. erfahren, einen Antrag der bürgerlichen Parteien, Clemenceau das Ehrenbürgerrecht zu verleihen, abgelehnt, nachdem die Sozialdemokratie erklärt hat, daß sie es als eine Taktlosigkeit ersten Ranges bezeichne, einen derartigen Antrag in einem Gemeinderat zu stellen, dessen Hälfte aus Sozialdemokraten besteht. Clemenceau habe sich in rücksichtslosester Weise parteipolitisch in die Wahlen eingemischt und die Parole gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgegeben.

Die elsässischen Sozialisten für die dritte Internationale.

Der sozialistische Bezirksverband für den Unterrhein (Straßburg usw.) hat in einer Delegiertenversammlung mit 68 Stimmen gegen 11 beschlossen, am kommenden Parteitag die Resolution zu unterstützen, die sich für den Austritt aus der zweiten Internationale ausspricht. Die Redner der Minderheit waren die ehemaligen Reichstagsabgeordneten Georges Weill und Peirotes, der Bürgermeister von Straßburg. Der Bezirksverband wird auf den Parteitag 11 Anhänger der Mehrheitsresolution und 2 Vertreter der Minderheit entsenden. Letztere werden die zwei oben genannten sein.

Aufforderung zum Meuchelmord.

Die „Deutsche Tageszeitung" glaubt die Feststellung des „Vorwärts", gewisse nationalistische Kreise seien auf der Suche nach Meuchelmördern, entkräften und auf Verlegenheit unsererseits zurückführen zu können. Demgegenüber dürfte das so scheinheilig tuende Organ der Alldeutschen vielleicht folgende Notiz interessieren, die in der ihr geistesverwandten „Staatsbürgerzeitung" dieser Tage zu lesen war. Sie lautet:

In einem Bierhaus der Friedrichstadt erschoß sich am Donnerstag ein Leutnant Willy v. Bargen. Es ist schlecht um ein Volk bestellt, dessen Bürger nur an sich denken. Konnte Herr v. Bargen nicht, bevor er sein Vorhaben ausführte, noch einen jenen Verräter, die es offenkundig mit unseren Kriegsgegnern halten, auf die Reise ins unbekannte Land mitnehmen?!

Deutlicher kann die Aufforderung zum Meuchelmord wohl kaum ausgedrückt werden. Wie weit ist die Verrohung „deutscher Staatsbürger" vorgeschritten, wenn derartig unverblümt mißliebigen politischen Persönlichkeiten die Reise ins unbekannte Land in Aussicht gestellt wird?

Ein Buch des Hasses.

In einer Fachzeitschrift lesen wir ein Inserat, dessen jugendvergiftende Tendenz wohl alles übertrifft, was selbst nationalistischer Geschäftsgeist bisher erdacht hat. Es lautet:

„Wer schreibt ein gegen den französischen Erbfeind gerichtetes Buch des Hasses, welches auf geschichtliche Tatsachen aufbauend, insbesondere die neuesten Schandtaten des minderwertigen „Siegers" ins gehörige Licht setzt und unser Volk zum Zusammenschluß gegen den äußeren Feind aufruft? Das Buch soll auch — vielleicht sogar in erster Linie — **als Jugendschrift** Verwendung finden. Material kann vom Verlag geliefert werden. Angebote des ungefähren Umfangs, der Lieferfrist und der Honorarbedingungen unter „Franzosenbuch" an den Verlag . . . usw."

Wir zweifeln nicht daran, daß der Verlag alsbald einen nationalistischen Schmierer finden wird, der gegen ein entsprechendes Honorar das Buch im gewünschten Sinne abfaßt. Das Heimtückischste an dem Vorschlage ist der Versuch, das Buch der Jugend beizubringen. Die heutige Generation hat den Charakter unserer Nationalisten zu sehr durchschaut, um für längere Zeit in ihre Garne gelockt werden zu können. Auch Aeußerungen des augenblicklichen Mißvergnügens an den herrschenden Zuständen ändern nichts hieran. Darum soll die Jugend eingefangen und mit chauvinistischem Geiste verseucht werden. Man zweifelt mitunter, ob nicht diese Feinde der deutschen Sache im eigenen Lande mehr zu fürchten sind, als die fremdländischen, die man kennt und vor denen man sich wenigstens zu schützen vermag.

Eine Anmaßung.

Die „Kreuz-Zeitung" veröffentlicht folgende, im altpreußischen Kommandostil gehaltene Erklärung:

Auf der Auslieferungsliste stehe auch ich.

Die Regierung lehnt heute die Auslieferung ab. Mit ihrem Umfallen ist in kürzester Zeit zu rechnen, denn die Worte „unausführbar", „verdorrte Hand" usw. sind in unserem Gedächtnis, ebenso die Taten, die diesen Worten folgten.

Freiwillig stelle ich mich nicht, erkläre jeden Menschen, der mich mit Gewalt zwingen wollte, für einen Schuft, und würde in diesem Falle von meinem Revolver Gebrauch machen, aber nicht etwa, um mir selbst etwa das Leben zu nehmen.

v. La Chevallerie,
Generalleutnant u. Kommandeur der 4. Inf.-Division.

Es ist ein außerordentlich starkes Stück, daß dieser General in dem Augenblick, in dem die Regierung alle Kraft gegen die Auslieferungsforderung der Entente konzentriert, nichts Besseres zu tun weiß, als unflätig auf die Regierung zu schimpfen. Man muß sich sehr stark bewußt bleiben, daß es sich um den Schutz des Gerechtigkeitsprinzips, nicht um den Schutz einzelner Personen handelt, um sich durch derartige Lümmeleien nicht beeinflussen zu lassen.

Will Generalleutnant von La Chevallerie, der übrigens, wie uns mitgeteilt wird, der Reichswehr nicht angehört, mit seiner großen Revolverfertigkeit auch die Franzosen vom linken Rheinufer vertreiben?!

Ebenso wie dieser offenbar mit mehr Schneid als Gehirn gesegnete General verfährt übrigens auch die „Unabhängige Nationalkorrespondenz", welche die Beschimpfung der Regierung durch die auszuliefernden Generale mit der Behauptung verteidigt, daß die Heerführer mit ihrer Auslieferung nur die Kosten für das zahlen sollten, was die jetzige Regierung verschuldet hätte.

Und da sind es die Deutschnationalen, die von der Notwendigkeit einer „Einheitsfront" reden und die Linke beschuldigen, diese Front zu durchbrechen!

Hamburgs Vertretung im Reichsrat. Zum stimmführenden Bevollmächtigten zum Reichsrat wurde an Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters Dr. Sthamer Senator Dr. Schramm ernannt.

Durch Nacht zum Licht.

Von Max Eck-Troll.

Nacht.

Kein Stern am Himmel. Regenwolken ziehen vorüber.

Nur alle 300 Meter brennt ein ärmliches Gaslicht unter schwächstem Druck.

Kohlennot!

Die Menschen tappen an einem vorüber . . . wie wackelige Bären. Nicht wie Schatten, nicht wie scharfumrandete Silhouetten. So verschwommen sind die Konturen. Die Männlein und Weiblein steigen vor uns auf, wie aus einer Theatersenkung, wie in ein Faß mit pechrabenschwarzer Tinte eingetauchte Weichtiere.

Es ist früh 6 Uhr.

So viele Arbeiter und Arbeiterinnen eilen schon zur Arbeitsstätte.

Wie Spukgestalten kommen sie auf uns zu. Man weiß nicht: Ist es ein Mann oder eine Frau, die da auf dich zukommt. Erst auf ein oder zwei Schritte kann man das Geschlecht unterscheiden. Und das nur durch die Form des Hutes oder durch den geschlossenen Frauenrock, der die schwachen Lichtschimmer der rückwärtsliegenden Laterne nicht durchläßt wie bei den Männerhosenbeinen.

Weitgehendere Unterschiede zu machen verbietet die Nacht. Ob die Frau hübsch oder nicht, der Mann alt oder jung, das zu entdecken ist nur mit einer elektrischen Taschenlampe möglich.

Das Leben auf der Straße ist wie bei einem Maskenball, bei dem die Lichter des Saales um die Mitternachtsstunde erloschen sind und alle Menschen die Masken aufbehalten. Und wer auf Maskenbällen und lichtlosen Straßen auf die Freierei ausgeht, kann seine Enttäuschungen erleben.

So ist bei Einbruch der Nacht das Leben auf der Straße so leblos . . . so farblos . . . so formenlos geworden.

Die Lebensfreude wird eingeschläfert. Man stirbt langsam dahin.

Unsere alten Germanen haben die Bogenlampe, das Auerlicht, die Metallfadenlampe nicht gekannt, aber in ihrem Drang nach dem Licht haben sie ihren Göttern flackernde Holzflöcke geopfert. Wenn orthodoxe christliche Theologen die Sonnenanbeter verdammen, weil für sie die Sonne als Lichtquell Gott ist, dann liegt für mich darin mehr Sinn als in manchen auf Konzilien gefaßten, heute völlig veralteten dogmatischen Beschlüssen über Gott und Götter.

Wohl selten hatten wir neuzeitlichen Deutschen eine größere Sehnsucht nach mehr Licht als jetzt in der Zeit der Dunkelheit. Man sehnt sich eben nach dem, was man nicht besitzt. Besitzt man es, dann weiß man es nicht zu schätzen.

Goethe hat seinen so oft in falsch verstandenem Sinne gebrauchten Ausdruck „Mehr Licht" in seiner Todesstunde getan. Man hat diesem letzten Wort des sterbenden Olympiers stets eine ideale, philosophische Auslegung zu geben versucht, als habe Goethe in seiner Sterbestunde damit sagen wollen: „In die Schädel der Menschen muß mehr Aufklärung, mehr Licht kommen, wenn sich die Menschheit aufwärts entwickeln soll!"

So schön und ideal diese Auslegung ist, so falsch ist sie.

Der Mediziner kann hier den Literarhistoriker lehren. Im Todeskampf sterben die verschiedenen Organe in einer bestimmten, ziemlich regelmäßigen Reihenfolge ab. Ist das Bewußtsein erhalten, so überlebt es die Sinne. Geruch- und Geschmackssinn scheinen zuerst zu schwinden. Darauf erlischt der Gesichtssinn. Die Sterbenden klagen dann nicht selten über einen Nebel vor den Augen oder rufen — genau wie Goethe nach Licht.

Goethe hatte also diese Art der Agonie zu überstehen, bei der das Bewußtsein über die Sinne triumphierte.

Aber lassen wir es bei der idealeren Auslegung des Goethe-Wortes.

Und sehnen wir uns nicht nur nach dem Licht der Straße. Stecken wir in unserem Herzen Weihekerzen an, die unser Gemüt erleuchten. Wählen wir uns ein Ideal, für das wir kämpfen und streiten, opfern und dulden wollen. Und es gibt kein schöneres Wollen, als zu streiten für die alten Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit. Für die Beseitigung aller Unterdrückung und Ausbeutung aller Rassen und Klassen und Konfessionen.

Dann wird auch in die dunkelsten Winkel hinein Licht strahlen. Helles, klares, freudespendendes Licht, das durch keine noch so schwere Gewitterwolke getrübt werden kann. Das Licht des Herzens wird auch in der Finsternis leuchten. Und wir werden freudig gestimmt sein, auch wenn es außen auf der Straße des Lebens dunkel ist, denn wir wissen dann, jeder Schatten, der uns dort begegnet, ist nicht ein Mensch, der vielleicht mein Feind sein kann, sondern er ist mein Bruder.

Aber . . . bis dahin ist noch ein weiter . . . weiter Weg.

Vorerst hängen wir noch zu sehr am Licht der Aeußerlichkeit weil wir es noch nicht verstanden haben, die Weihekerzen im Innersten anzuzünden.

Darum ist unsere äußere Lebensfreudigkeit abhängig von Gassperre und Lichtsperre. Darum legen wir uns so häufig die Frage vor:

„Wann werden wir in der Finsternis wieder helle Straßen und helle Stuben haben?

Die Sache hat größere Bedeutung, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. So große, daß ich kürzlich einem feisten Kriegsgewinnler-Bourgeois auf die Frage: Wann werden wir in Deutschland wieder ruhigere Tage erleben als jetzt? die Antwort gab: „Wenn neben der Versorgung mit Lebensmitteln Eisenbahn und Straßenbahn wieder regelmäßig verkehren, und wenn der Arbeiter morgens und abends in hellem Lichterglanze zur und von der Arbeitsstätte nach Hause fahren kann!"

Denn auch im leuchtenden Licht der Aeußerlichkeit liegt Freude zum Leben, liegt das Bejahende . . . die Lust zur Mitarbeit am Aufbau.

Wir alle aber wollen daran mitarbeiten und mitwirken, daß der Aufbau nicht nur äußerlich geschieht.

Was nützt der schönste Bau, wenn er im Innern rauh und roh, die Wände unbeworfen, im Herd kein Feuer brennt und kein Licht die Räume erhellt?

Nur der Sozialismus, die Religion der Gemeinsamkeit, kann die Räume wohnlich gestalten, kann das Leben lebenswert machen.

Aber wohl verstanden: Der nicht mißverstandene Sozialismus, dem Diktatur und Terror und Gewaltpolitik wie Wasser dem Feuer feindlich gegenüberstehen.

Lindenblätter. So betitelt sich eine Monatsschrift, die seit einiger Zeit vom Leiter des in Lichtenberg gelegenen Groß-Berliner Erziehungsheims „Lindenhof" herausgegeben wird. Die überaus ansprechende Art der Aufmachung, der geschickt auf bestimmte Zeitereignisse zusammengestellte Text — er ist meist von den Anstaltszöglingen selbst geschrieben —, der hübsche, an die Dürerbund-Veröffentlichungen erinnernde Bildschmuck beanspruchen bedingungslose Anerkennung. Jedes Heft, dem immer eine Elternbeilage angegliedert ist, strebt nach einer in sich abgeschlossenen einheitlichen Wirkung. Beachtenswerte Feinfühligkeit in allen pädagogischen Dingen stimmt den Ton des Ganzen. Ein prächtiges Stück moderner Erziehungsarbeit wird hier geleistet, auf das Berlins Einwohnerschaft stolz sein kann. Dazu kommt ein sich ausschließlich in der Auswahl des Besten genügender literarischer und künstlerischer Geschmack. Die Schrift gelangt nur in die Hände der Angehörigen und Freunde des Lindenhofs, und zwar kostenlos. Sie sollte viel gelesen werden! I.

Märchenabend. Ihren 9. Märchenabend für große und kleine Leute gibt Frida Fischer am 14. Februar, abends 7 Uhr, in der Aula des Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums. Deutsche, nordische und morgenländische Märchen.

Häupter und Hämmer. Zugunsten des Dichter-Unterstützungsfonds der „Gesellschaft der Kammerkunstabende Brandt-Jacoby" spricht Oskar Ludwig Brandt am 27. Februar, 7½ Uhr, im Meistersaal eigene Dichtungen (aus dem Werke „Häupter und Hämmer" und Unveröffentlichtes), Robert Spörry singt Lieder von Alfred von Sponer nach Gedichten von Brandt. Karten bei Wertheim, Bote & Bock und in der Vorwärtsbuchhandlung.

Die Rechtsprechungen des neuen Bühnenschiedsgerichts, das durch den Kartellvertrag jetzt ausschließlich maßgebend ist, erscheinen von jetzt ab regelmäßig in der „Deutschen Bühne" (Oesterheld u. Co., Verlag, Berlin W 15). Die Nr. 6 vom 2. Februar veröffentlicht die beiden ersten Entscheidungen in der „Aufführungsabteilung" und „Genossenschaftsabteilung", die von grundlegender Bedeutung sind. Weitere Abteilungen des Bühnenschiedsgerichts sind: Die Chorsänger- und die Musiker-Abteilung

Rache oder Recht?

Bei einer dem Vertreter der Chicago Tribune gewährten Unterredung äußerte sich Reichsfinanzminister Erzberger über die Auslieferungsfrage u. a. folgendermaßen:

„Wir haben uns bereit erklärt, Personen, denen wirkliche Kriegsverbrechen nachgewiesen werden können, vor einem Gerichtshof zur Verantwortung zu ziehen und haben der Entente dabei die Möglichkeit gegeben, sich von der vollkommenen Objektivität der Behandlung dieser Angelegenheiten zu überzeugen. Wenn die Entente sich darauf nicht einlassen wollte, so muß dies den Anschein erwecken, als ob es ihr überhaupt nicht so sehr um ein objektives Urteil in der Schuldfrage, sondern vielmehr um eine **Befriedigung maßloser Rachegefühle** zu tun sei."

Eine Verteidigung der Reichsfischversorgungsstelle.

In der „Post" veröffentlicht der Reichskommissar v. Flügge eine längere Verteidigung der Reichsfischversorgung, in der er ausführt, daß der Beamte der Versorgungsstelle auf die Denunziation von Firmen hin verhaftet worden ist, **bei denen unrechtmäßig eingeführte Waren beschlagnahmt worden waren.** Der Angestellte habe lediglich die Weisungen seiner vorgesetzten Behörde befolgt. „Mit einem krassen Wort," schreibt Herr v. Flügge, „es ist so weit, daß die Schieber die Beamten verhaften lassen."

Keine Krise im Reichswirtschaftsamt.

Falsche Rücktrittsgerüchte.

Die in einem Teil der Presse verbreitete Nachricht von einem bevorstehenden Rücktritt des Reichswirtschaftsministers Schmidt entspricht, wie wir an zuständiger Stelle erfahren, in keiner Weise den Tatsachen. **Die Abwesenheit des Ministers bei der Kabinettsitzung über die Auslieferung, die als Symptom einer Ministerkrise angesehen wurde, erklärt sich daraus,** daß der Minister durch Besprechungen mit Vertretern des Reichstags abgehalten war, im übrigen aber den Standpunkt des Reichskanzlers in dieser Frage völlig teilt.

Es wäre auch außerordentlich bedauerlich gewesen, wenn Genosse Schmidt zu einer Zeit seinen Posten verlassen hätte, wo die schwerwiegendsten Entscheidungen über die künftige Wirtschaftspolitik zu erwarten sind. Sein Rücktritt würde den Propheten der „freien Wirtschaft" und den Interessenten wucherischer Ausbeutung Wasser auf die Mühle gießen. Die Sensationsmeldung, die von einem Teil der Presse übernommen wurde, hat bereits in Süddeutschland lebhafte Beunruhigung hervorgerufen.

Abkehr von Revolutionsromantik.

Die Leipziger Funktionäre der Unabhängigen nahmen eine Resolution an, in der es heißt:

„Die versammelten Funktionäre der U. S. P. erklären sich mit dem Ergebnis der Reichskonferenz dahin einverstanden, daß sie bereit sind, **unter Ablehnung jeder revolutionsromantischen separatistischen Bestrebungen,** durch Wort und Schrift planmäßig unter Führung der Partei für die Eroberung der politischen Macht der Arbeiterklasse und die Herbeiführung sozialistischer Wirtschaftsordnung zu wirken."

Ein Antrag Kurt Geyer, den gegen die Revolutionsromantik gerichteten Passus zu streichen und hinter den Worten „durch Wort und Schrift" hinzuzufügen „durch die Tat", wurde nach Berichten der unabhängigen Presse mit erdrückender Mehrheit abgelehnt.

Henderson über Irland.

Arthur Henderson, welcher Mitglied einer Studienkommission der englischen Arbeiterpartei war, die nach Irland entsandt worden ist, äußerte sich nach seiner Rückkehr sehr pessimistisch über die dortige Lage. Er erklärte, die Sinn-Feiner würden erst befriedigt sein, wenn Irland eine Republik sein werde. Sie hätten jetzt jedes Vertrauen zu England verloren. Jüngst hätten sie noch einen Führer der Sinn-Feiner-Bewegung zum Bürgermeister von Dublin gewählt. Die einzige Lösung des Problems sei, das Selbstbestimmungsrecht dem irischen Volk zu gewähren, wie es die Arbeiterpartei stets verlangt habe. Er meinte zum Schluß, daß dies wahrscheinlich die Aufgabe einer aus den Reihen der Arbeiterpartei hervorgetretenen Regierung sein werde.

Wirtschaft.

„Und die Industrie kauft!"

Wir veröffentlichten am 21. Januar unter obiger Spitzmarke einen Aufsatz des Direktors van den Kerkhoff aus der „Deutschen Bergwerks-Zeitung", weil er zeigte, in welchem riesigen Umfang das Industriekapital korrumpiert. Der Verfasser entgegnet in Nr. 30 der „Deutschen Bergwerks-Zeitung", bezeichnet unsere kritischen Ausführungen als „Verlegenheitsphrasen" und zeigt, daß für ihn sozialistische, d. h. gemeinwirtschaftliche Wirtschaftsauffassung nur „Gleichmacherei" bedeutet. Wir können Wirtschaftsführer mit solcher mangelhaften wirtschaftspolitischen und wirtschaftswissenschaftlichen Bildung wirklich nur mit Mitleid betrachten. Auf seine Ausführungen werden wir noch eingehend zurückkommen, obgleich sie inhaltlich es nicht verdienen. Kerkhoff ist aber ein Wirtschaftsführer, der Arbeiter beschäftigt, und mit diesem müssen wir uns auseinandersetzen. Heute sendet uns der Beauftragte des Reichskohlenkommissars einige Ausführungen, die wir Herrn Kerkhoff nicht vorenthalten wollen:

„Herr Direktor v. d. Kerkhoff hat behauptet, daß die Menge der gestohlenen und geschobenen Kohlen größer sei, als die auf ordnungsmäßigem Wege gelieferte, und hierbei wohl speziell den Zechenlandabsatz im Auge. Es ist das eine sehr starke Uebertreibung. Für irgendwelche Diebstähle die amtlichen Verteilungsstellen verantwortlich zu machen, dürfte doch wohl zu weit gehen. Im übrigen bin ich der Ansicht, daß an der unliebsamen Entwicklung des Schiebertums in Landabsatzkohlen die Industrie selbst den Hauptteil der Schuld trägt. Der Kohlenkommissar hat im Herbst vorigen Jahres unter Zuziehung Sachverständiger aus allen Kreisen durch eine scharfe Verfügung, die den Ortskohlenstellen und besonders den Zechen viele Unbequemlichkeiten und Mehrarbeiten verursacht, Ordnung in diese Dinge zu bringen gesucht. Dadurch aber, daß Industriebetriebe aus größtenteils **selbstsüchtigen** Gründen die wilden Brennstoffe kaufen und dafür **jeden Preis** zahlen, sogar (wie man vielfach hören muß und Herr v. d. Kerkhoff selbst ausgeführt hat) die Fuhrwerke auf den Zufahrtsstraßen anhalten lassen und durch ständige Ueberbietungen die Preise immer mehr in die Höhe treiben, dann die ordnungsmäßige und gesetzlich vorgeschriebene Meldung dieser Mengen unterlassen, die Quellen mit Fleiß verheimlichen, schaffen sie selbst den starken Anreiz und den Grund für das Ueberhandnehmen dieses Schiebertums. Kommt ein Revisionsbeamter zu Werken und stellt Bezüge in Schleichhandelskohlen fest, so hört er wohl Klagen über die Schieberei und die hohen Preise, doch sucht man ihm Unterlagen für eine Verfolgung der Schleichhändler vorzuenthalten. Die Quelle, Namen des Fuhrmannes, des Händlers, der Zechen kennt man angeblich nicht, trotzdem jedes Fuhrwerk Begleitpapiere haben muß. Man kauft, fordert zu weiteren Lieferungen auf, schimpft — will aber auf keinen Fall die Möglichkeit des Bezuges weiterer „bezugscheinfreier" Kohlen vermindern. — So erschwert man in kurzsichtiger Weise aus egoistischen Motiven dem Kohlenkommissar und der Amtlichen Verteilungsstelle eine geordnete Regelung, verhindert sie geradezu und fördert das Schieberwesen. Solange ein Teil der Industrie auf diesem Standpunkte beharrt, anstatt die maßgebenden Stellen zu unterstützen, fallen die in dieser Hinsicht erhobenen Vorwürfe auf die Bezieher der Schleichhandelskohlen zurück.

Eine Besserung der Verhältnisse kann m. E. nur dadurch herbeigeführt werden, daß die industriellen Verbraucher allgemein dem Reichskohlenkommissar und der Amtlichen Verteilungsstelle in Essen rückhaltlos jeden einzelnen Fall unter Namhaftmachung von Mann und Pferd zur Anzeige bringen." —

Diese Ausführungen decken sich mit den unsrigen. Das Kapital korrumpiert, nicht der Hunger, Herr v. d. Kerkhoff. Der Proletarier hat nicht die blauen Scheine, um den Kellner, den Kutscher, den Pförtner, den Bahnbeamten zu bestechen und zu demoralisieren. Die, die das tun, sind Ihre Klassengenossen, Herr v. d. Kerkhoff, für die eine staatliche Autorität offenbar nicht mehr besteht und die den Wiederaufbau der Wirtschaft von oben sabotieren. Tragen Sie dazu bei, die kapitalistischen Wirtschaftsführer zu moralisch vorbildlichen Menschen zu machen, dann werden die „Ungebildeten", die Proletarier, solchen Vorbildern nacheifern. Die Praxis des täglichen Lebens beweist uns immer von neuem, daß Moral und Kapital nebeneinander nicht bestehen können.

Stroh teurer als Korn.

Die aufsteigende Tendenz der Preise, wie wir sie seit dem Herbst auf dem Strohmarkt beobachten, hat dazu geführt, daß die Landwirte für ihr Stroh einen Preis von ungefähr 28 M. für den Zentner erhalten, während sie für das Brotgetreide selbst einschließlich der neuerdings festgesetzten Ablieferungsprämien im Durchschnitt nur etwa 25 M. pro Zentner bekommen. Für die Drescharbeit muß man ungefähr 4 M. auf den Zentner veranschlagen, so daß die Landwirte rund 7 M. je Zentner (gleich zirka 30 Prozent) mehr erhalten, wenn sie das Brotgetreide gar nicht erst ausdreschen, sondern die Halme mit dem Korn als „Stroh" verkaufen. Es eröffnen sich aus diesen Verhältnissen jedoch Gefahren für die Brotversorgung und Möglichkeiten, mit denen man bisher nicht gerechnet hat, die jetzt aber die ganze Aufmerksamkeit der maßgebenden Regierungsstellen verdienen.

Das agrarische Polen für Zwangswirtschaft.

Die Regelung der polnischen Lebensmittelbewirtschaftung schwankt von einem Extrem ins andere, da in dem vorwiegend agrarischen Lande der Zwiespalt zwischen den Interessen der Produzenten und dem Hunger der städtischen Bevölkerung bisher nicht befriedigend gelöst werden konnte. Nachdem unter dem Verpflegungsminister Sobanski die Regierung für Beschlagnahme und Zwangswirtschaft sich einsetzte, gewannen unter dem gegenwärtigen Minister Stiminski die Freihandelstendenzen die Oberhand, für die sich im Märztage die Volksparteiler einsetzten, die sich aus Bauernkreisen rekrutieren und durch ihren Eintritt in die Regierungskoalition ihrer Stimme Geltung verschaffen konnten. Eine Sensation bedeutet es daher, daß der zur Heilung der Lebensmittelnöte auf Wunsch des Reichstages berufene „staatliche Verpflegungsrat" in seiner ersten Sitzung mit großer Mehrheit gegen die Stimme der Volkspartei die Beschlagnahme und zwangsweise Bewirtschaftung aller Agrarprodukte beschloß.

Groß-Berlin

Robert Lampe †

Im „Vorwärts"-Haus ist Trauer eingezogen. Nur wer zum Bau gehört, kann ermessen, was es für uns bedeutet, daß der alte Genosse Robert Lampe gestorben ist. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert hat Lampe an hervorragender Stelle, als Metteur, für die technische Herstellung unseres Blattes gewirkt, ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht, eine feste Hand in Zeiten voll Unruhe und Verwirrung.

Lampe war das Verbindungsglied zwischen der Redaktion und der Druckerei, und je länger er hier in unermüdlicher Pflichttreue wirkte, desto höher stieg das Ansehen, das er in unserem Kreise genoß. In jüngeren Jahren war der Hüne mit der mächtigen Stimme fast ein Schrecken für die Redaktion, denn er liebte es nicht, ein Blatt vor den Mund zu nehmen, sondern zog die Deutlichkeit vor. Des Dienstes ewig gleichgestellte Uhr sollte für andere genau so gelten wie für ihn. Später, als sich die weißen Fäden durch den schwarzen Bart zu ziehen begannen und mehr noch, als der Gang durch schwere Krankheit mühseliger wurde, wurde sein Wesen milder, und Lampe war fortab „Vater Lampe", aber nichts änderte sich an der Strenge des Mannes gegen sich selbst.

Genosse Lampe war am 9. Juli 1849 geboren, er erlernte das Buchdruckerhandwerk. Er machte den Berliner Buchdruckerstreik mit, in dem er sich als treuer und tüchtiger Gewerkschafter bewährte. Seit 1894 war er für den „Vorwärts" tätig. Später hat er am Leben der Gewerkschaften und der Partei wenig Anteil nehmen können, er war darin ein Schicksalsgenosse unser aller, die ihr Beruf in den Abendstunden an das Blatt fesselt. An innerer Anteilnahme hat es aber niemals gefehlt, und oft hat Vater Lampe durch die Klugheit gelegentlich hingeworfener Bemerkungen überrascht, in denen sich seine große Lebenserfahrung und seine abgeklärte Auffassung vom Wesen der Arbeiterbewegung kundgab. So war Lampe nicht nur als technischer Mitarbeiter mit dem Betriebe des „Vorwärts" verwachsen, auch sein Herz gehörte dem Blatte, an das er die Arbeit fast eines Menschenalters gewendet hatte. Er war ein lebendiges Stück Geschichte des Zentralorgans und damit der Partei, er hatte noch mit dem alten Liebknecht gearbeitet, er kannte sie alle.

Schon vor einigen Monaten hatte ihn eine schwere Lungenentzündung getroffen, man bangte um sein Leben, aber nach ein paar Wochen erschien der alte Herr wieder pünktlich wie immer und arbeitete wie immer. Er schien unverwüstlich. Er schonte sich auch nicht, als der Kohlenmangel fühlbar wurde und einige Tage lang die Temperatur im Betrieb immer näher dem Nullpunkt sank. Da kam er eines Tages doch nicht mehr, eine schwere Grippe hatte ihn ereilt, und sie hat jetzt seinem rastlosen Leben ein Ende bereitet. Sein Andenken wird im Hause als guter Geist fortwirken, und wenn viele Jahre vergangen sein werden, wird man noch gern die Letzten erzählen hören, die noch den „Vater Lampe" gekannt haben.

Die Höchstmietenverordnung für Groß-Berlin.

Der Verbandsausschuß des Wohnungsverbandes Groß-Berlin hat in seiner letzten Sitzung zu dem Einspruch des Oberpräsidenten Stellung genommen, den dieser gegen die vom Verbande beschlossene Ausführungsverordnung zur Höchstmietenanordnung des Wohlfahrtsministers vom 9. Dezember 1919 erhoben hatte. Nachdem die erneute Vernehmung des aus je fünf Mietern und Vermietern bestehenden Sachverständigenausschusses und ebenso die sich daran anschließenden Verhandlungen mit den Vorsitzenden der Groß-Berliner Mieteinigungsämter am Sonnabend ergeben hatten, daß die Mehrzahl der Sachverständigen und die Mieteinigungsamtsvorsitzenden das in der Verbandsverordnung gewählte grundsätzliche System für zweckmäßig bezeichneten, sah sich der Verbandsausschuß nicht in der Lage, dem Einspruch des Oberpräsidenten Folge zu geben und abgesehen von einer Aenderung in redaktioneller Hinsicht von seinem damals einstimmig gefaßten Beschluß abzuweichen.

Die durch den gestrigen Beschluß bestätigte Verbandsverordnung sieht außer einem Grundzuschlag von 20 Proz. zur Miete des Jahres 1914 (für Fabrikräume und Geschäftshäuser von 40 Prozent) die Erhebung eines Reparaturzuschlages von 15 Proz. der Miete von 1914, für Zentralheizungshäuser von 20 Proz. vor, und zwar ausdrücklich als Beteiligung des Mieters an den Reparaturkosten. Eine Erhebung des Reparaturzuschlages ohne entsprechende Gegenleistung und somit eine Bereicherung des Vermieters ist nach dem Wortlaut der Verordnung unzulässig. Der Verbandsausschuß glaubte die unbeschönigte Beanspruchung des Mieters aus dem § 10 der ministeriellen Anordnung für Reparaturen durch einen von vornherein festbegrenzten Zuschlag abzugelten.

Heiratsnachflut.

Die für die Zeit nach dem Kriege erwartete Mehrung der Eheschließungen war in Berlin schon im Jahre 1919 sogleich sehr stark. Gewiß werden die Eheschließungen, die in den letzten Kriegsjahren aufgeschoben und jetzt nachgeholt wurden, sehr erheblich daran beteiligt gewesen sein. Es scheint aber, daß auch sonst die Heiratslust, ungeachtet aller Unsicherheit des Erwerbslebens, beträchtlich zugenommen hat.

Im Jahre 1919 wurden in Berlin 28383 Ehen geschlossen, sehr viel mehr als jemals in irgendeinem Jahre während der Friedenszeit. Die Jahre 1910, 1911, 1912, 1913, 1914 hatten 21 848, 22 672, 22 905, 21 194, 22 702 Eheschließungen gebracht, wobei für 1914 die Kriegstrauungen allein 5703 im Monat August) ins Gewicht fielen. In den Kriegsjahren 1915, 1916, 1917, 1918 senkte sich dann die Zahl der Eheschließungen in jähem Absinken auf nur 16 622 und 13 967 und danach in langsamem Wiederaufsteigen (von 1917 ab) auf 14 848 und 16 181. Die plötzliche und außerordentliche Steigerung in 1919 auf 28 383 bedeutet eine Zunahme um 75 Proz. gegenüber 1918, um 103 Proz. gegenüber dem Tiefstand von 1916, um etwa 24 Proz. gegenüber dem Höchststand von 1912.

Die Heiratshochflut, die uns das erste Jahr nach dem Kriege brachte, hat selbstverständlich auch den Bedarf an neuen Wohnungen außerordentlich gesteigert und damit zu einer weiteren Verschärfung der Wohnungsnot beigetragen. Allein in den Monaten Oktober, November, Dezember von 1919 wurden 3556, 2758, 2963, zusammen 9277 Ehen geschlossen, während z. B. in 1912 dieselben drei Monate 3645, 1850, 1866, zusammen 7361 Eheschließungen brachten.

Mangel an Feuerung erschwert auch den Betrieb des Oskar-Helene-Heims bei Zehlendorf, das mit über 300 armen Krüppelkindern belegt ist. Wir erfahren, daß die Anstalt für ihre Zentralheizung einen nur noch für wenige Tage reichenden Koksvorrat hat. Kann gegenüber solcher Bedrängnis der Anstalten wie der Haushaltungen einer es billigen, daß die dem Vergnügen und dem Genuß dienenden Lokale ihren Betrieb noch erweitern sollen?

Jagd auf Pelze. Ein Liebespaar, das sich im großen Stile auf die Pelzjagd begibt, ist sicher etwas neues, selbst in Berlin. Eine frühere Verkäuferin, Erna Fritze, ging in der Friedrichstraße „spazieren" und lenkte dort durch allerhand Mittel die Aufmerksamkeit von Herren auf sich, die kostbare Pelze trugen und auf sie ihrem ganzen Auftreten nach den Eindruck von Schiebern machten. Folgte ein Kavalier ihren Winken, so besuchte man entweder gleich ein besseres Restaurant oder man verabredet dort zu einer bestimmten Stunde ein Stelldichein. In jedem Falle war der Geliebte der Verkäufer, ein Schlächter Paul Kunze, auch als Gast zur Stelle und nahm an einem anderen Tische Platz. Beim Ablegen der Ueberkleidung wußte Erna Fritze es stets so einzurichten, daß sie die Marke in die Hände bekam, die sie dann ihrem Geliebten zusteckte. Der Schlächter schlüpfte hierauf nach gemessener Zeit in den kostbaren Pelz und verschwand mit seiner Geliebten. So glang es dem Pärchen, eine ganze Anzahl von wertvollen Pelzen zu erbeuten, deren Verkauf ihm viel Geld einbrachte. Jetzt wurde die Diebin von einem Bestohlenen am Alexanderplatz wiedererkannt und verhaftet, ebenso ihr Geliebter.

Eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken wird für ganz Groß-Berlin von der Handwerkskammer zu Berlin in der Zeit vom 19. bis einschl. 23. April in den Räumen der Kammersäle in der Teltower Straße 1—4, in Gemeinschaft mit dem Innungsausschuß veranstaltet. Die Handwerkskammer hat beschlossen, derartige Ausstellungen selbst stattfinden zu lassen, weil sie darin ein wesentliches Mittel erblickt, den Zugang der Jugend zum Handwerk zu fördern. In der Ausstellung sollen Lehrlingsarbeiten aus dem zweiten und dritten Lehrjahre sowie Gesellenstücke aus diesem oder früheren Vierteljahren ausgestellt werden. Arbeiten aus dem ersten Lehrjahre sollen grundsätzlich ausgeschlossen sein.

Der Verein „Arbeiter-Hochschule" E. V. beginnt seine nächsten Veranstaltungen am Sonnabend, den 14. Februar 7½ Uhr, Aula Georgenstraße 30/31, mit einem Vortrag von Dr. Magnus Hirschfeld „Sexuelle Aufklärung der Jugend". Die Vorlesungskreise umfassen „Englisch" — „Interessante Entdeckungsreisen" m. Lichtb. — „Aus altdeutscher Literatur" — „Richard Wagner". Es finden außerdem noch Einzelvorträge, die Besichtigung eines Erziehungsheims, eine Lichtwanderung und ein Lese- und Diskutierabend statt. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten in der Eröffnungsvorlesung und vor den Vorlesungen. Geschäftsstelle C 2, Neue Friedrichstr. 53/56, II. 10—12, 1—5.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichsfelde. 3 Pfund Kartoffeln. Als Ersatz für die ausfallenden 4 Pfund Kartoffeln gelangen ab Freitag ein Pfund Ackerbohnen zur Verteilung.

Stralau. Für Jugendliche 200 Gramm Haferflocken. Auf Einkaufszusatzkarte 500 Gramm amerikanisches Roggenmehl. Freihändig: Maismehl, Suppen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Werbeausschuß für Post und Telegraphie. Freitag 8 Uhr im Lokal von E. Schmidt, Teltower Str. 18, Vertrauensmännerversammlung der Gruppe 10 (Postämter 12, 19, 68, 61, 48, 11, 77, 47, 29, des Postfuhramts Möckernstraße, des Tel.-Zeugamts, der Reichsdruckerei und der Postämter in Tempelhof und Mariendorf). Jedes Amt muß vertreten sein.

Zehlendorf. Die Mitgliederversammlung des Sozialdemokrat. Wahlvereins findet heute nicht statt. Näheres wird noch mitgeteilt.

Schmargendorf. Heute abend Mitgliederversammlung des Soz. Wahlvereins im Schützenhause. Vortrag des Gen. Leknerdt: Erlebnisse aus meiner Tätigkeit als Kriminalkommissar.

Buchholz. Heute 7½ Uhr Mitgliederversammlung in Haeckels Festsälen, Pasewalker Str. 67. Referent Genosse Paul Poist.

Lichtenberg. 5. Viertel. Donnerstag, abends 7½ Uhr, Versammlung in der Aula Siegfriedstraße. Thema: Elternbeiräte. Referent Stadtschulrat Dr. Siggel.

Jugendveranstaltungen.

Verein „Arbeiter-Jugend" Groß-Berlin. Jugendsekretariat W 9, Bellevueallee 7, III. Die heutige Arbeitsgemeinschaftssitzung der Abt. Südost, Treptow-Baumschulenweg und Niederschöneweide fällt aus. Zur nächsten Sitzung erfolgt schriftliche Einladung.

Gewerkschaftsbewegung

Generalversammlung der Holzarbeiter.

In der am Dienstag abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Holzarbeiterverbandes gedachte der Vorsitzende Siegle der Opfer der Demonstration am 13. Januar, unter denen sich auch einige Verbandsmitglieder befinden. Einen ehrenden Nachruf widmete er dem verstorbenen Verbandsvorsitzenden Neumann.

Ueber die durch die kürzlich gefällten Schiedssprüche geschaffene Situation teilte Siegle mit, daß nach dem die Lohnfrage betreffenden Schiedsspruch jedem Kollegen eine Zulage von 1 M. für die Stunde zusteht. Die Unternehmer haben sich aber auf den Standpunkt gestellt, daß die im Dezember und Januar gewährten Zulagen auf die Zulage von 1 M. angerechnet werden sollen. Das ist jedoch nach Meinung der Arbeiter nicht zulässig. Sie halten die Anrechnung der im Januar bezahlten Zulage für diskutabel, aber nicht die Anrechnung der Dezemberzulage. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, in allen Betrieben, wo seit dem 8. Januar keine Zulage oder weniger als 1 M. gewährt wurde, soll unverzüglich 1 M. gefordert und bei Ablehnung der Forderung das weitere durch die Werkstattsitzung im Einvernehmen mit der Ortsverwaltung beschlossen werden.

Ueber die gegenwärtig schwebenden Branchenstreiks teilte Siegle mit, daß sich 4114 Mitglieder im Streik befinden, und zwar 2318 Klavier- und Mechanikarbeiter, 444 Karosseriearbeiter (seit dem 22. Januar), 480 Kistenmacher (seit dem 30. Januar), 694 Kamm- und Haarschmuckarbeiter (seit dem 29. Januar), 139 Sargtischler, 70 Bodenleger.

Beschlossen wurde, zur Unterstützung der Streikenden einen obligatorischen Extrabeitrag zu erheben, der mindestens 1 M. wöchentlich betragen soll. Es wird erwartet, daß die Kollegen, die es irgend können, höhere Extrabeiträge leisten. Ferner wurde beschlossen, daß die Streikenden zu ihren jetzigen Unterstützungssätzen eine vom 1. Januar rückwirkend zu gewährende Zulage von 30 M. für männliche, 20 M. für weibliche, 15 M. für jugendliche Mitglieder erhalten.

Den Angestellten der Ortsverwaltung wurde eine monatliche Teuerungszulage von 200 M. bewilligt, was der Teuerungszulage der Holzarbeiter von 1 M. pro Stunde entspricht.

Die Versammlung nahm Stellung zum außerordentlichen Verbandstag, der am 25. April in Berlin zusammentritt. Er hat sich in der Hauptsache mit der Erhöhung der Beiträge und Unterstützungssätze zu beschäftigen, die mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Verhältnisse notwendig ist. Radau brachte einen Antrag zum Verbandstag ein, der besagt, daß die Arbeitslosen- und Krankenunterstützung abgeschafft und die Taktik des Verbandes nur auf die Kampforganisation eingestellt werden soll. — Der Antrag wurde nach kurzer Diskussion abgelehnt. — Angenommen wurde ein Antrag, der verlangt, daß das Statut dahin geändert werde, daß auch zu außerordentlichen Verbandstagen die Delegierten neu gewählt werden.

An Stelle von zwei zurückgetretenen Beisitzern im Hauptvorstand wurden Lemke und Moisch und als Angestellter der Ortsverwaltung Wilms gewählt. Für den Posten eines zweiten Angestellten machte sich eine Stichwahl nötig, deren Ergebnis bei Schluß der Versammlung noch nicht festgestellt war.

Der Streik der Fischereikapitäne.

Aus Hamburg wird uns gedrahtet: Da der Streik der Hochseefischereikapitäne und Steuerleute durch Hineintragen kommunistischer Agitation des Seemannsbundes drohte, die Versorgung gründlich zu gefährden, veröffentlicht der Garnisonälteste in Hamburg eine Verfügung, wonach die Hochseefischereibetriebe als lebenswichtig im Sinne des Gesetzes über den Ausnahmezustand zu betrachten sind. Der Streik kann damit als erledigt angesehen werden.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Zahlstelle Groß-Berlin, hielt am Sonntag, den 8. Februar, seine Generalversammlung ab. Dem Geschäftsbericht, den der 1. Bevollmächtigte W. Reimann gab, ist zu entnehmen, daß die Hoffnungen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter sich günstiger gestalten würden, leider nicht erfüllt worden sind. Die andauernde Preissteigerung für alle notwendigen Bedarfsartikel bedinge neue Lohnforderungen der Arbeiter, die, wenn der Vertrag kaum abgeschlossen ist, schon wieder durch die Teuerung überholt seien. Schwierigkeiten entstanden bei der Ausgleichsforderung für die Ablieferungsprämien für Brotgetreide und Kartoffeln. Während ein Teil der Unternehmer der Forderung der Gewerkschaftskommission eine wöchentliche Lohnerhöhung von 25 Mk. zu gewähren Rechnung trug, zum Teil sogar weit darüber hinausging, machte ein größerer Teil durchaus ungenügende Zugeständnisse. So hat der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie seinen Mitgliedern empfohlen, den über 20 Jahre alten Arbeitern eine wöchentliche Teuerungszulage von 6 Mk., unter 20 Jahre alten 4 Mk., außerdem für die Ehefrau und für jedes nicht gewerblich tätige Kind 3 Mk. zu zahlen. Dieses Angebot ist ohne Mitwirkung der Organisation der Arbeiter zustande gekommen und die Arbeiterschaft hat mit übergroßer Mehrheit unter Ablehnung des Angebots eine Erhöhung des Tariflohnes um 50 Prozent gefordert. Hier scheine der Kampf, da es um die nackte Existenz der Arbeiter gehe, unausbleiblich.

Aehnlich liegen die Dinge in der künstlichen Blumen- und Federnindustrie. Hier haben die Unternehmer nur 7,50 M. zugestanden, und dann auch noch ohne die verlangte Rückwirkung vom 1. Januar 1920. Es muß unter allen Umständen gefordert werden, daß Regierung und Unternehmertum, sollen schwere wirtschaftliche Kämpfe vermieden werden, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Rechnung tragen.

Fast für das gesamte Agitationsgebiet sind im letzten Quartal, zum Teil nach sehr langwierigen Verhandlungen, Lohnabkommen getätigt worden. So für die chemische Industrie, für die Gummiindustrie, Papier und Pappen, Industrie der Steine und Erden usw. Bei der Eigenart des Agitationsgebietes waren viele Einzelbewegungen zu führen. Es sei ein Zeichen des guten Willens der Arbeiterschaft, daß dies fast immer ohne größere Arbeitseinstellung möglich gewesen sei. Wenn nicht immer allen Wünschen Rechnung getragen werden konnte, dann lag es daran, daß die Verhältnisse stärker waren als wir. Auch an unsere Kollegen muß die Mahnung auf mehr Mitarbeit und Aufklärung unter der Arbeiterschaft gerichtet werden. Phrasen haben wir im letzten Jahr genug gehört, jetzt heißt es arbeiten im Dienste der Arbeiterbewegung. In diesem Sinne sei auch zu den kommenden Betriebsrätewahlen zu rüsten und hier nur nach dem Grundsatz zu verfahren, der rechte Mann an den rechten Platz. Entsprechend der Resolution der erweiterten Vorständekonferenz habe die Verwaltung den Kampf gegen das Zustandekommen des Betriebsrätegesetzes geführt; jetzt heißt es sich mit dem Gesetz abfinden und es voll ausnutzen.

Die Diskussionsredner erklärten sich mit der Tätigkeit der Ortsverwaltung einverstanden, übten jedoch scharfe Kritik an dem Auftreten des Kollegen Urich vom Metallarbeiterverband anläßlich einer Funktionärversammlung in der chemischen Industrie. Hier müsse gesagt werden: Kehre jeder vor seiner Tür.

Der Antrag, Rüdersdorf als Bezirk von Berlin loszulösen und den Hauptvorstand zu ersuchen, dort eine selbständige Zahlstelle zu errichten, fand einstimmige Annahme. Ebenso eine Resolution des Bezirks Norden, die die Unterzeichnung des Aufrufs in der „Freiheit" zur Demonstration gegen das Betriebsrätegesetz gutheißt.

Der Kassenbericht lag gedruckt vor und wurde einstimmig genehmigt. Da die kommende Zeit hohe Anforderungen an die Lokalkasse stellen wird, wurde beschlossen, für die Monate Januar, Februar und März einen Extrabeitrag in Höhe je eines Wochenbeitrages zu erheben. — Ausgeschlossen wurde das Mitglied Bruch (Tegel) wegen Streikbruchs.

Einstimmig gutgeheißen wurde die Maßnahme des Hauptvorstandes, die Beiträge vom 1. April 1920 ab um 35, 30 und 20 Pf. wöchentlich, und dafür die Streikunterstützung ab 1. März 1920 um das Doppelte des jetzigen Satzes zu erhöhen. Bedauert wurde, daß diese Maßnahme nicht längst vorgenommen wurde, da Verdienst und Beitrag heute nicht mehr im gleichen Verhältnis stehen wie früher.

Als unbesoldete Verwaltungsmitglieder wurden wieder- resp. neugewählt die Kollegen Pohl, Prinzke, R. Reimann, Vetter, Kabitz, Wurst und die Kolleginnen Röder und Frau Kolbe. In den Gewerkschaftsrat wurden delegiert: Karl Schulz, H. Buchholz, W. Barr, A. Albrecht und O. Breitkreutz.

45 000 M. Lohn nachgezahlt!

Vor der Berliner Schlichtungskommission für Militärschneiderei wurde Anfang Mai 1918 mit dem Schneidermeister Damm ein Vergleich abgeschlossen, wonach derselbe sich verpflichtete, einschließlich bereits gezahlter 5000 M. insgesamt den Betrag von 45 000 M. zu wenig gezahlter Löhne nachzuzahlen. Da er diesen Vergleich nicht erfüllte, so erhob Kunze vom Schneiderverband für die beteiligten Arbeiter Klage beim Landgericht. Hier wurde Damm zur Zahlung verurteilt, seine Berufung beim Kammergericht wurde zurückgewiesen. Gegen das Urteil des Kammergerichts legte Damm Revisionsklage beim Reichsgericht ein. Das Reichsgericht hat die Revision als unbegründet verworfen.

Da das Urteil des Landgerichts gegen Hinterlegung für vollstreckbar erklärt wurde, so hinterlegte der Verband der Schneider den verlangten Betrag. Hierauf zahlte Damm den Gesamtbetrag. Nachdem das Urteil des Reichsgerichts vorlag, zahlte die Schlichtungskommission vor einigen Tagen den Klägern, 88 an der Zahl, das Geld aus.

Vor der Auszahlung teilte Kunze mit, daß die Schlichtungskommission an Hand der von ihr getroffenen Feststellungen die Verteilung vorgenommen habe. Mit dieser Auszahlung sei alles erledigt. Weitere Ansprüche könnten von keiner Seite geltend gemacht werden. Für diejenigen, welche Zweifel in die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen der Schlichtungskommission gesetzt haben, möchte er betonen, daß durch die Urteile der ordentlichen Gerichte, wie in diesem Falle des Land-, Kammer- und Reichsgerichts, diese Einwendungen als unbegründet dargetan seien. Die Tätigkeit der Schlichtungskommission sei von dem höchsten deutschen Gericht als richtig anerkannt worden.

Soweit die Kläger ihr Geld vom Gewerbegericht am Tage der Auszahlung nicht abgeholt haben, können sie sich dasselbe gegen Vorzeigen einer ausreichenden Legitimation in der Zeit von 8 Uhr früh bis mittags 1 Uhr beim Verband der Schneider, Sebastianstraße 37/38, abholen.

Deutscher Transportarbeiterverband. Hausdiener, Packer, jugendliche Arbeiter aller Gruppen, Papier-Engros-Branche, graph. Gewerbe, Buchhandel und Papierindustriebetriebe: Donnerstag, den 12. Februar, abends 6 Uhr pünktlich, Branchenversammlung im Königstadtkasino, Holzmarktstr. 72. Tagesordnung: Jahresbericht. Neuwahlen der Branchenleitung. Wahl eines Delegierten zur Handelshilfsarbeiterkonferenz.

Aus aller Welt.

Handgranatenexplosion. Nach Zeitungsmeldungen ereignete sich Dienstag abend auf dem Bahnhof Dirschau, wo der D-Zug 4 stand, aus unbekannter Ursache eine Handgranatenexplosion. Es entstand ein helles Feuer, das sich mit großer Schnelligkeit ausdehnte, aber bald gelöscht werden konnte. Der Reisenden bemächtigte sich eine Panik. Vier Personen sollen verletzt worden sein.

Ein Eisenbahnunfall. Zwischen Rheda und Neustadt sind Dienstag nacht zwei leerfahrende Maschinen zusammengestoßen. Die Ursache ist nicht bekannt. Die eingleisige Strecke ist jetzt bereits wieder befahrbar. Von dem Lokomotivpersonal sind drei schwer und einer leicht verletzt.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Fickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Messing 12 M. Kupfer 20,20, Rotguß 17.-, Zink 5,70, Blei 7,20, Benzinbis 35.-, Weißmetall b. 30.-, Aluminium 13. per Kilo zahlt nur Rohprodukten-Großhandlg. Dresdenerst. 13/14. Mpl. 12323. Kostenlose Abholung. Bitte genau auf Hausnummer zu achten!

Platin pro Gramm **M. 295.—** Metallkontor Alte Jakobstraße 158 Telephon: Moritzplatz 128 58 Gegründet 1903.

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromach.-Zentrum. (Alex. 4583). Kurze Str. 13 (Alex.-Pl.).

Messing 12,10, Kupfer 21,00 Rotguß 18,00, Blei 7,30, Zink 5,80 per Kilo kauft **Quade, Schmidstraße 36** — Ecke Neanderstraße (Keller). —

Vorsicht! Frauen lassen sich sof. meine illustr. Preisliste gratis kommen. E. J. Quenzel 121 in Hamburg 2.

Echte Perserteppiche bis 3×4 aus Privathand gesucht. John Rosenthal, Berlin W. 8, Taubenstr. 10. Fernsprecher Zentrum 7791.

Für Vermietungszwecke suchen eine Anzahl Pianos zu hohen Einkaufspreisen Pahl & Co., Berlin, Gitschiner Straße 107.

Messing 12.-, Kupfer 20.20, Blei 7.00, Zink 6.00, Rotguß 18.-, Reinzinn bis 65.-, Weißmet. 25.-, Aluminium 14-17 zahlt per Kilo, bei größ. Posten mehr. Metallschmelze Mariannenstr. 24, an der Kottbuser Brücke. Amt Mpl. 10658, Nebenanschl.

Küchen lackiert, lasiert u. Unerreichte Auswahl. Billigste Preise. 1048 Küchenmöbel-Fabrik-Lager Nur Gr. Frankfurter Str. 4 Ecke Fruchtstraße.

Messing 12,50, Kupfer 20,2 Gottheim, Mariannenstr. 12.

Verkäufe

Damenulster, reinwollene Kostüme, Backfischkostüme, Regenmäntel, Kostümröcke, direkt aus Arbeitsstuben. Meyer, Stallschreiberstraße 13 I (kein Laden). 138R*

Schoßhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pinscher, Schäferhunde verkauft Schattland, Palisadenstraße 23. 34/14*

Sealmäntel, Kreuzfüchse. Die schönsten Sealmäntel, Kreuzfüchse, Pelzneuheiten, finden Sie im Blauen Bazar, Kaiser-Wilhelmstraße 16, beim Alexanderplatz. Riesenauswahl, reell, preiswert. 165R*

Gardinen, Künstlergarnituren, Stores, Bettdecken, Meterware preiswert. Landsbergerstraße 13. 132R*

Bessere Anzüge spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Ruh, Wilhelmstraße, Kochstraßenecke. *

Bettwäsche, prima Qualität, preiswert, noch vorrätig. Wäschefabrik Graefestraße 30 (an Hasenheide). *

Futterkohlrüben gibt ab Zimmermann, Neue Friedrichstraße 72. Norden 2000. *

Nähmaschinen zu verkaufen, auch Teilzahlung gestattet. Hahn, Oranienburgerstraße 26. *

Gardinen aller Art, Künstlergardinen in reichhaltiger Auswahl, sowie Stores, Bettdecken, Steppdecken, Gardinenstoffe sehr preiswert. Alexanderplatz.

Dobermann-Hündin, dachreif, wachsam, zuverlässig, wegen Umzug billig verkäuflich. 600 Mark. Dessauerstraße 19. 857b

Hochmoderne Gobelin-Garnitur preiswert zu verkaufen. Willnatt, Pannierstraße 19 III. †147

Geschäftsverkäufe

Lebensmittelgeschäft zu verkaufen. Hochstraße Ecke Wiesenstraße. †147

Möbel

Chaiselongues 98,—, Doppelbetten, Metallbetten, Küchen, Kleiderschränke. Melde, 18 A. Quergeb.

Möbel-Roth liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen, Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 44, am Oranienburger Tor. 1758*

Möbel gegen bar und Teilzahlung in großer Auswahl zu billigsten Preisen. Wohnzimmer, Schlafzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke. Größte Rücksicht. Gekaufte Möbel können kostenlos lagern. Reisemöbel nehme in Zahlung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe, direkt am Weddingplatz.

Möbel. Infolge günstigen Einkaufs Riesenlager in 4 Etagen. Speisezimmer, Schlafzimmer, Herrenzimmer, Wohnzimmer, Küchen, einzelne Möbel. Auf Wunsch Teilzahlung. Möbelhaus A. Domnik, Rosenthalerstraße 43/47. 133R*

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und elegantester Ausführung, verkauft direkt an Private zu soliden Preisen. Schlafzimmer-Spezialfabrik, Burgstraße 27, „Bureauhaus-Börse". *

Musikinstrumente

Ladenstein-Piano, Friedensware, nußbaum, schwarz, großer Ton, preiswert. Münzstraße 19 III. 74R*

Pianos, Flügel, Harmoniums, neu und gebraucht. Friedensware, größte Auswahl, günstige Zahlweise. Franz Ferd. Sendel, Spandauerstraße 18, am Rathaus. 114R*

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums jeder Holz- und Stilart, Kunstspielapparate, Reparaturen. Gebrauchte Instrumente in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. *

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 6R*

Einzelspielte Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20,— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 166. 138R

Bierling-Pianos, neue, gut gespielte, vorteilhafte Gelegenheiten. Kottbuserstr. 3. 73R*

Gelegenheitskäufe großer Posten Einzelmuster in Sprechmaschinen, Mandolinen, Lauten, Gitarren und Violinen aus erster Hand ohne Zwischenhandel durch direkten Vertrieb der Arbeiter-Erzeugnisse des Erzgebirges und eigener Fabrikation. Schulz u. Gumbisch, Münzstraße 13, am Alexanderplatz. 144R*

Piano, elegantes schwarzes, 7000,—, Klavier 5500,—, Konzertflügel 6000,—, Salonflügel 10 900,—, gebrauchte Pianos, Harmoniums verkauft äußerst billig Berger u. Co., Oranienstr. 166. *

Einzelspielte Violinen, Mandolinen, Gitarren, Lauten, Hand- und Mundharmonikas außergewöhnlich billig verkauft Berger u. Co., Oranienstraße 166. *

Kaufgesuche

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker-, Spuldraht, Wachsdraht kauft höchstzahlend Elektrobureau Oranienstraße 108, Moritzplatz 4014.

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Prob, Berlin, Köpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3474. Eigene Schmelze, direkte Verwertung.

Kupferabfälle! Quecksilber! Messingabfälle! Zinn! Blei! Stanniolpapier! Platin! Silber! Zahngebisse! sämtliche Metallabfälle kauft höchstzahlend. Schmelzpreise! Metallschmelze Baruch, nur Neuenburgerstraße 29. 118R

Platin 295 Mark. Brennstifte, Platinkontakte, Gold, Silber, Münzen, auch in Barren, Quecksilber, Zahngebisse kauft zu den höchsten Preisen Adolf Friedländer, Kommandantenstraße 20 I, rechts. 145R*

Silberschmelze Christionat, nur Köpenickerstraße 20a (gegenüber Melchiorstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Münzen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn sowie sämtliche Metalle. *

Metallschmelze Mariannenstraße 7a (am Heinrichplatz). Allerhöchste Tagespreise sämtlicher Metallabfälle sowie Platin, Gold, Silber, Quecksilber. 1/12*

Pianos, Flügel oder Harmonium, auch Tafelklavier kauft Schachtschneider, Buckowerstraße 14 III. 151R*

Spiralbohrer zahlt über Tagespreise Amthor, Christburgerstraße 41. †147*

Platin, Brillanten, Gold und Silber, alte Zahngebisse, Abfälle, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, unmodern gewordener Schmuck, Tafelaufsätze sowie Gekrätze kauft zu höchsten Tagespreisen Goldschmelze Rotzoll, Berlin, Brunnenstraße 168. Telephon: Humboldt 3480. Eigene Schmelze. Selbstverbraucher. *

Altmetalle, Quecksilber zu höchsten Tagespreisen kauft jeden Posten. Metallschmelze Invalidenstraße 142. Norden 9649. 70R

Kupferabfälle, Messing, Platin, Gold, Silber, Quecksilber, sämtliche Altmetalle, Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren vier Einkaufsstellen „Cohn", 1. Brunnenstraße 11 (am Rosenthaler Platz), 2. Tennstraße 48 (am Weddingplatz), 3. Bahnhofstraße 2, Ecke Schöneberger Straße (am Anhalter Bahnhof), 4. Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 181R*

Metalle! Bedeutende Preissteigerung! Platina! Zahngebisse, Zahn bis 75.—! Goldabfälle! Silberabfälle! Münzen! Salpetersaures Silber! Quecksilber! Glühstrumpfasche! Stanniolpapier! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Blei! Höchstzahlend Schmelzerei Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31, Alexander 4263. 78R*

Kupferabfälle! Quecksilber! Messing! Zinn! Nickel! Zink! Blei! Aluminium! Stanniol! Zahngebisse! Platin! Bruchgold! Silberbruch! Höchstzahlend! Metallschmelze Voltes, Weidendamm 72, Hof. 181R*

Schellack, Leim, Wachs, Harz, Lacke und Farben kaufen höchstzahlend Gebrüder Kock, Große Frankfurterstraße 25/26.

Schellack, Leim, Terpentin, Bleiweiß, Firnis kaufen Gebrüder Borowski, Gartenfeldstraße 5. Rollendorf 2879. *

Grammophon-Platten, gebrauchte, zerbrochene kauft höchstzahlend, Selbstabholung! Vogt, Lenaustraße 27 (Kottbuserdamm).

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Peters, Prenzlauerstraße 24. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Wübus, Waldstraße 3. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft G. Ertel, Gubenerstraße 50. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Doemer, Bahnstr. 46, Schöneberg. *

Kupfer, Messing, Altmetall, Quecksilber kauft Henze, Stallschreiberstraße 35 A, Ecke Lausitzer Platz. *

Silberbruch, Goldabfälle, Quecksilber, Platin sowie alle anderen Metalle, Zahngebisse, Münzen, photographische Rückstände kauft „Silberschmelze" Heubach, Köpenickerstraße 157. Telephon Moritzplatz 12250. *

Spiralbohrer, Schmirgelscheiben, Zinn sowie sämtliche Edelmetalle zahle die höchsten Preise; bitte durch telephonischen Anruf zu überzeugen. Fried. Reinickendorf, Sommerstraße 40, am Bahnhof Schönholz. Amt Reinickendorf 3133.

Roßhaare, gebrauchte oder neue, kleinere und größere Posten zu kaufen gesucht. Preisangabe. Reinickendorf. 1461D*

Elektromaterial, Leitungsdrähte, Litzen, Glühlampen, Schalterfassungen, Meßinstrumente, Elektromotoren kauft ständig Rosker, Brückenstraße 13a. 4217

Elektromaterialien, Leitungsdraht, Litze, Fassungen, Schalter, Glühlampen, Isolierrohr usw. kauft Polux, Michaelkirchstraße 24 III, Eingang vom Wasser. 483

Grammophonplatten, alte, zerbrochene, 4 bis 5 Mark das Stück, kauft Ferd., Neukölln, Allerstraße 11. †147

Zylinderhüte, alte, getragene, kauft und holt ab Berle, Hussitenstraße 7. 86b

Spiralbohrer, gute Werkzeuge, Edelmetalle kauft Wilser, Chausseestraße 54, parterre. 43,0*

Unterricht

Kaufmännische Privatschule Paul Kowaloff, Köpenickerstraße 145, am Schlesischen Bahnhof. 5. Januar beginnen Handelsschulgänge für Damen und Herren vormittags, nachmittags, abends. Jahreslehrgänge, Halbjahreslehrgänge mit praktischen Uebungen zur Ausbildung als Buchhalterin, Stenotypistin, Verwaltungsbeamtin, Korrespondentin. Vierteljahreslehrgänge für Einzelfächer auch in Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, kaufmännischer, landwirtschaftlicher Buchführung, deutscher und polnischer Stenographie und Maschinenschreiben. *

Heinrich Maurers Privat-Zuschneideschule, Alexanderplatz (Eingang Königsgraben). Tages-, Abendkurse. Herren-, Damenschneiderei. Wäsche, Putzkurse, Schnittzeichnen, Zuschneiden. Anfertigung, Schnittmuster. Lehrplan kostenlos. Fernsprecher. 84D

Zuschneideschule, Berlin, Leipzigerstraße 66. Erstklassige Ausbildung in der Zuschneidekunst der Herren- und Damenschneiderei.

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Gwinala, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 8, Gartenhaus IV.

Verschiedenes

Erfinder, Patentbureau Pachter, Gertraudtenstraße 10. Zentrum 7600. 75R*

Detektive Damm, Invalidenstraße 93, Norden 7213. Ueberwachungen, Ermittlungen. In Aufklärung von Verbrechen Riesenerfolge. R*

Arbeitsmarkt

Stellengesuche

Suche Stellung als Diener oder Laufbursche. Offerten erbeten unter W. 47 an die Hauptexped. des Vorwärts.

Stellenangebote

Sattler auf Holz- und Handkoffer und Lederkulissen, sowie Schatulleure und Täschner stellt sofort ein Stubel, Schöneberg, Bahnstraße 19/20. *

Redegewandte Herren für leichte Reisetätigkeit gesucht 11—2. Dittmann, Kaiser-Wilhelmstraße 37 II.

Damen, welche Eintrittskarten verkauft haben oder wollen, melden 11—2 Dittmann, Kaiser-Wilhelmstr. 37.

Strumpfband-Näherin sucht „Hala" Companie, Hohenzollerndamm 8. Bestellung 9—10. 914R

Kürschner für Kindermäntel und Mäntel. Werbenlohn 1. Tarif. D. Donnhelmer, Atelier Simon, Berlin C., Jägerstraße 63. *

Anarbeiterinnen für Röcke und für Taillen suchen sofort Berlin, Belle-Alliancestraße 3.

Mädchen für alles oder Stubenmädchen sucht Stellung. Offerten unter R. 47 an die Hauptexpedition des Vorwärts zu richten.

Lehrmädchen für Bureau und Botengänge gesucht. Deutsch-Russischer Verein, Halleschestraße 1, vorn links. 6803*